

# Stadt Heidelberg

Drucksache:  
**0063/2014/IV**

Datum:  
24.04.2014

Federführung:  
Dezernat II, Amt für Verkehrsmanagement

Beteiligung:

Betreff:

**Gehwegparken**

## Informationsvorlage

### Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.  
Letzte Aktualisierung: 10. Juni 2014

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Kenntnis genommen:	Handzeichen:
Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss	14.05.2014	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	
Gemeinderat	05.06.2014	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	

**Zusammenfassung der Information:**

*Der Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss und der Gemeinderat nehmen die Information zum Thema Gehwegparken zur Kenntnis.*

**Finanzielle Auswirkungen:**

Bezeichnung:	Betrag:
<b>Ausgaben / Gesamtkosten:</b>	
keine	
<b>Einnahmen:</b>	
keine	
<b>Finanzierung:</b>	
keine	

**Zusammenfassung der Begründung:**

Im Rahmen der Erstellung von Verkehrskonzepten auf Stadtteilebene wird auch verstärkt ein Focus auf das Thema Abbau von Gehwegparken gerichtet.

## Sitzung des Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschusses vom 14.05.2014

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschusses vom 14.05.2014

### 9.1 Gehwegparken

Informationsvorlage 0063/2014/IV

Herr Oberbürgermeister Dr. Würzner führt kurz in die Thematik ein.

In der nachfolgenden Diskussion verweist Herr Kuch vom Amt für Verkehrsmanagement auf den 2013 gefassten Beschluss „Anwohnerparken in der Bahnstadt“. Eine Umsetzung der Anwohnerparkrechte erfolge bis Ende des Jahres 2014. Man werde auch in Handschuhsheim die Möglichkeit von Anwohnerparkvorrechten prüfen. Es sei angedacht, die Erfahrungen mit der Parkraumbewirtschaftung aus dem Bezirksbeirat Rohrbach abzuwarten, um diese in die Beratungen des Bezirksbeirates Handschuhsheim mit einfließen lassen zu können.

Herr Stadtrat Rothfuß begründet den vorliegenden Antrag (Anlage 01 zur Drucksache) der Fraktionsgemeinschaft Grünen/gen.hd vom 13.05.2014 wie folgt:

- In vielen Stadtteilen stelle das Thema Gehwegparken ein Problem dar
- Das Parken erfolge engmaschig.
- Schülerinnen und Schüler, Kinderwagen und Rollstuhlfahrer würden durch das Gehwegparken stark behindert werden.
- Auch Ortsfremde parken in den Wohngebieten verstärkt tagsüber.
- Anwohnerinnen und Anwohner in den Stadtteilen würden eine Gebühr für Anwohnerparken akzeptieren.

Er bittet in diesem Zusammenhang darum in einem der nächsten Sitzungen den Sachstand zum Thema „Anwohnerparken“ darzulegen. Dabei solle auch geprüft werden in welchen Bereichen gegebenenfalls Ausweitungen möglich sind.

Herr OB Dr. Würzner verweist auf die Ausfertigungen von Herrn Kuch. Zunächst sollen die Ergebnisse aus Rohrbach abgewartet werden. Ein Bericht in der nächsten Sitzung des Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschusses würde keine aktuelleren Informationen liefern können.

Sobald die geplanten Maßnahmen durchgeführt sind könne man aufbauend auf den Erfahrungen weitere Überlegungen zum „Anwohnerparken“ in den einzelnen Stadtteilen anstellen. Herr Oberbürgermeister Dr. Würzner gibt zu bedenken, dass mit der Einführung von ausgewiesenen Anwohnerparkmöglichkeiten auch eine Kontrollpflicht einhergehe.

Herr Kuch, Amt für Verkehrsmanagement, weist ergänzend auf die Voraussetzung für das Anwohnerparken hin. Hierfür müsse ein entsprechender Parkplatzdruck bestehen. Für den Stadtteil Handschuhsheim sei diese Notwendigkeit gegeben. Aus anderen Stadtteilen lägen keine Anfragen vor.

Frau Stadträtin Dr. Meißner hält es für aufwendig, eine flächendeckende Erhebung durchzuführen. Im Rahmen der anstehenden Bezirksbeiratssitzungen könne man jedoch Problemschwerpunkte erfragen. Basierend auf den Kenntnissen der jeweiligen Bezirksbeiräte könnte auf diese Weise Prioritätenlisten erstellt werden.

Frau Stadträtin Faust-Excharos unterstützt die Anregung von Frau Stadträtin Dr. Meißner, in den Bezirksbeiräten entsprechende Informationen zu sammeln. In der Altstadt komme die besondere Situation der engen Gassen hinzu, die sich insbesondere bei Feuerwehreinräten als problematisch erweise.

Herr Stadtrat Holschuh führt an, dass die Problematik auf dem Boxberg und dem Emmerstgrund massiv vorgetragen worden sei. Das geplante Vorgehen der Verwaltung zunächst die Ergebnisse aus Rohrbach abzuwarten, sei für ihn aber nachvollziehbar.

Allerdings sollen die Erfahrungen nicht nur auf Handschuhsheim übertragen, sondern alle Stadtteile geprüft werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Würzner betont nochmals, dass aufgrund der Dringlichkeit nach Rohrbach zuerst der Stadtteil Handschuhsheim abgearbeitet werde und danach mittelfristig danach eine weitere Priorisierung der anderen Stadtteile stattfinde.

Herr Stadtrat Holschuh zieht daraufhin den Antrag (Anlage 01 zur Drucksache) der Fraktionsgemeinschaft Grünen/gen.hd vom 13.05.2014 zurück.

gezeichnet  
Dr. Eckart Würzner  
Oberbürgermeister

**Ergebnis:** Kenntnis genommen

## **Sitzung des Gemeinderates vom 05.06.2014**

**Ergebnis:** Kenntnis genommen

## Begründung:

Nach der sehr starken Motorisierung in den 60er und 70er Jahren ist die Zahl der Pkw in Heidelberg seit 1985 nochmals um ca. 20 % gestiegen. In vielen gewachsenen alten Ortskernen Heidelbergs gibt es zu wenige Parkmöglichkeiten auf den privaten Grundstücken. Dies hat zu einer starken Konkurrenz um den knappen Parkraum und Problemen im Bereich des ruhenden Verkehrs geführt. Vielerorts wird der Gehweg teilweise zum Parken mitgenutzt (Zweiräder Gehwegparken).

Eine Lösung dieser Problematik ist nur unter Einbeziehung der Bevölkerung und der Bezirksbeiräte im Rahmen der Erstellung von Stadtteil-Verkehrskonzepten möglich. In Kirchheim und Rohrbach sind solche Verkehrskonzepte mit einer breiten Bürgerbeteiligung entwickelt worden. Sie beinhalten auch Vorschläge zur Parkraumbewirtschaftung und dem Abbau von Gehwegparken. Dabei standen die Wege von Kindern im Focus.

So wurden beispielsweise in der Lochheimer Straße in Kirchheim durch Verzicht auf beidseitiges und Einführen von alternierendem Parken die Gehwege wieder vollständig dem Fußverkehr zurückgegeben. Auch das vom Gemeinderat im Februar 2014 beschlossene Verkehrskonzept Rohrbach-West, das in den kommenden Jahren sukzessive umgesetzt wird, sieht an vielen Stellen den Abbau von Gehwegparken vor.

Unabhängig davon, schreitet der Gemeindevollzugsdienst bei Behinderungen gegen Gehwegparken ein. Darüber hinaus wird im Rahmen von Öffentlichkeitsarbeit mit Plakaten und anderen Medien für gegenseitige Rücksichtnahme geworben. Ein Focus dabei gilt insbesondere der Thematik „zugeparkte Gehwege“.

## Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

### 1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: + / - Ziel/e:  
(Codierung) berührt:  
keine  
Begründung:  
keine

### 2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

keine

gezeichnet

Bernd Stadel

### Anlagen zur Drucksache:

Nummer:	Bezeichnung
01	Sachantrag der Fraktionsgemeinschaft Grüne/generation.hd vom 13.05.2014